

# PARLAMENTSTICKER

AUS DEM LANDTAG | 15. SEPTEMBER 2021



## HAUSHALT VERANTWORTUNGSVOLL, VERLÄSSLICH, VORWÄRTSGEWANDT!

**Die Bürgerschaft hat heute die Haushalte für die Jahre 2022 und 2023 in Erster Lesung beschlossen. Auch die Fortsetzung des Bremen-Fonds, der die Folgen der Corona-Pandemie für Bremen und Bremerhaven auffangen soll, brachten die Abgeordneten auf den Weg. Nun folgen vor dem endgültigen Beschluss die parlamentarischen Beratungen. „Der vorgelegte Etatentwurf der Landesregierung zeigt: Der Haushalt des Landes Bremen ist bei diesem Senat und in dieser Koalition aus SPD, Grünen und Linken in guten Händen!“, sagte der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Mustafa Güngör – und schlug in seiner Rede die Einführung einer FamilienCard vor.**



Mustafa Güngör

„Verantwortungsvoll, verlässlich, vorwärtsgewandt: Das ist der finanzpolitische Kurs, den diese Koalition vor über zwei Jahren eingeschlagen hat“, betonte Güngör. „Diesen Kurs hat die Koalition – auch in der Corona-Pandemie – konsequent durchgehalten. Anders gesagt: Wir stehen für Stabilität in der Schock-Krise. Und diesen Weg setzen wir jetzt mit dem bevorstehenden Doppelhaushalt – auch unter schwierigsten Bedingungen – fort!“

Klar sei dabei, dass die vom Senat vorgelegten Haushaltsentwürfe weiterhin von den Auswirkungen der und Maßnahmen zur Bekämpfung der Coronapandemie bestimmt seien, so der Sozialdemokrat. Diese Folgen würden auch in den kommenden Jahren deutlich spürbar sein. So seien sinkende Steuereinnahmen auszugleichen und zahlreiche Stützungsmaßnahmen zur Dämpfung der negativen Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft zu finanzieren. Die SPD-Fraktion vertrete daher die Auffassung, dass Bremen sich auch weiterhin in einer Ausnahmesituation außerhalb der Schuldenbremse befinde und werde dem Vorschlag des Senats folgen und dies feststellen und verlängern, sagte Güngör. Er nannte zudem die Fortsetzung des Bremen-Fonds zur unmittelbaren Bekämpfung der Pandemiefolgen unersetzlich, damit beide Städte und das Land möglichst stark aus der Krise hervorgehen.

„Auf dieser Grundlage setzt der Haushaltsentwurf weiterhin höchst vernünftige Schwerpunkte: Keine Kürzungen – in keinem Bereich –, nach wie vor hohe Investitionen sowie mehr Personal für Bildung, Polizei, Feuerwehr und Gesundheit. Das ist der richtige Weg, gerade auch zur Bewältigung der Pandemiefolgen. Außerdem wird beim Klimaschutz nachgelegt. Insgesamt ein Zukunftspaket von 5,1 Milliarden Euro im Jahr 2022 und 5,2 Milliarden Euro im Jahr 2023. Richtig so!“, sagte Güngör und nannte die Kritik aus der Opposition an den Personalzuwächsen nicht nachvollziehbar. „Auf der einen Seite wird immer lautstark mehr Geld für die Bildung oder für die Innere Sicherheit eingefordert – und wenn es dann konkret wird in der Umsetzung, fällt Ihnen nichts anderes ein als nur Kritik und Nörgelei. Das ist keine verantwortungsvolle Politik, liebe Opposition!“

Güngör weiter: „Die SPD-Fraktion findet sich im Haushaltsentwurf des Senats gut wieder. Wir wollen unser Bildungswesen voranbringen, wir wollen den sozialen Zusammenhalt stärken, wir wollen eine Stadt der kurzen Wege mit hoher Lebensqualität in den Quartieren, wir wollen den Klimaschutz über das betreffende Handlungsfeld gestalten – und wir wollen unseren Familien zur Seite stehen, gerade in diesen schwierigen Zeiten.“

In diesem Sinne wolle die sozialdemokratische Fraktion im Rahmen der Beratungen noch einige weitere Akzente hinzufügen, sagte er und präsentierte dazu ein mögliches Beispiel: „Wir könnten uns gut vorstellen, eine FamilienCard für das Land Bremen einzuführen, die für alle Kinder und Jugendlichen unter 16 Jahren ein jährliches Budget von zum Beispiel 60 Euro für unsere vielfältigen Freizeit- und Bildungsangebote zur Verfügung stellt. Mit dieser freiwilligen sozialen Leistung könnten wir allen jungen Menschen ermöglichen, an den vielen schönen Angeboten in unseren beiden Städten teilzunehmen.“ Andere Städte böten eine solche Karte bereits seit vielen Jahren erfolgreich als Zahlungsmittel an, erklärte Güngör, und er sei überzeugt, dass so mehr Familien einen Anreiz erhielten, Angebote in Bildung, Sport, Kultur, in der ökologischen Bildung, bei Vereinen oder im Rahmen der Ferien zu nutzen und in Anspruch zu nehmen. Gleichzeitig würde damit die Einnahmeseite dieser Einrichtungen gestärkt. „Die

Coronakrise hat besonders den Kindern und Jugendlichen viel abverlangt“, so Güngör. „Lassen Sie uns in diesem Haushalt gemeinsam das Sinnvolle mit dem Nützlichen verbinden und weitere Wege suchen, wie wir noch stärker alle Kinder und Jugendlichen unterstützen können, um der Vereinsamung, die viele zu Hause erlebt haben, zu begegnen – weg vom Fernseher oder der Konsole und wieder raus in das hoffentlich normalere Leben mit oder nach Corona.“

Güngör blickte in seiner Rede aber auch in die Zukunft. „Das finanzpolitische Ziel bleibt, eine möglichst schnelle Rückkehr zur haushalterischen Normalsituation zu erreichen. Ab 2024 wollen wir einen Haushalt ohne Notsituation beschließen – und wir wissen: Das wird der nächste Kraftakt, der uns bevorsteht“, sagte er. „Und weil dies so ist, werden wir auch eine ehrliche Debatte darüber führen müssen, was wir heute unter Generationengerechtigkeit verstehen. Was wollen wir unseren Kindern und Enkeln hinterlassen – in Bremen und Bremerhaven, in Deutschland, auf der Welt? Ist es wirklich die schwarze Null, Haushalte ohne Kreditfinanzierung und die Einhaltung der Schuldenbremse? Oder ist es wirksamer Klimaschutz, gute Bildung und eine funktionierende öffentliche Infrastruktur?“ Dies seien keine einfachen Entweder-Oder-Fragen, und für die SPD-Fraktion kündigte Güngör an, dass man sich die haushaltpolitischen Rahmenbedingungen im Hinblick auf Schulden und Kredite sowohl in Bremen als auch im Bund genau ansehen werde. Neben der Schuldenbremse gehöre dazu auch die Frage eines Lastenausgleichs.

Güngör abschließend: „Wir werden als rot-grün-rote Koalition den Doppelhaushalt in den kommenden Wochen intensiv beraten und als SPD-Fraktion wie versprochen versuchen, unsere sozialdemokratische Handschrift in die Beratungen einzubringen. Denn eines ist der entscheidende Punkt, der uns von der Opposition unterscheidet: Wir wollen gestärkt aus der Krise kommen – verantwortungsvoll, verlässlich, vorwärtsgewandt!“



## ANTRAG **PARTNERSCHAFT MIT DANZIG: WICHTIG FÜR DIE EUROPÄISCHE IDEE**



Agnieszka Owczarcak, Präsidentin des Stadtrates von Danzig, sprach heute als Gast in der Bürgerschaft – sehr zur Freude der SPD-Abgeordneten Antje Grotheer

**45 Jahre alt wird die Städtepartnerschaft von Bremen und Danzig in diesem Jahr. Aus diesem Grund war heute eine Delegation aus der polnischen Partnerstadt zu Gast in der Bremischen Bürgerschaft. Und zum Auftakt der Landtagsitzung hielt Agnieszka Owczarcak, Präsidentin des Stadtrates von Danzig, eine Rede. Im Anschluss beschloss das Parlament einstimmig einen Antrag, der die Bedeutung dieser Städtepartnerschaft hervorhebt und das Ziel formuliert, dass diese noch mehr als bisher der Begegnung von Bürger:innen dienen soll. „Wir freuen uns unglaublich, dass Sie da sind und empfinden es als Bereicherung unseres Parlamentsalltags, mit Ihnen ins Gespräch zu kommen“, betonte Antje Grotheer, Sprecherin für Europa der SPD-Fraktion, in ihrer Rede.**

Die Sozialdemokratin hob auch noch einmal die Bedeutung der Partnerschaft beider Städte hervor – nicht nur für Bremen und Danzig, sondern auch für die europäische Idee. „Wir wollen gemeinsam deutlich machen, dass wir eine europäische Gemeinschaft sind“, betonte Grotheer.

Die Politik sei aber nur ein Teil dessen, was die Partnerschaft ausmache. Im heute beschlossenen Antrag sei sie daher neben Organisationen, Verbänden und Zivilgesellschaft auch nur eine der Genannten, die aufgefordert werden, die vielfältigen Begegnungen zwischen den beiden Städten zu intensivieren und auszubauen. „Eine

Städtepartnerschaft wie die unsere mit Danzig wird auch durch die Politik gelebt, vor allem aber durch die vielen Menschen, die sich engagieren“, so Grotheer.

Wichtig sei es, insbesondere junge Menschen für diese Partnerschaft und für Europa zu begeistern, damit beides Zukunft habe, sagte Grotheer. Sie beobachte aber, dass es viele solcher Menschen gebe. „Und weil es diese jungen Menschen gibt, die nicht in Nationalismen, sondern europäisch denken, ist mir nicht bange um unsere Städtepartnerschaft mit ihrer langen Geschichte und ist mir auch nicht bange um Europa.“

Zum Abschluss hob Grotheer noch einmal die Bedeutung von Städtepartnerschaften für Europa hervor. Denn diese ermöglichen Begegnungen in allen Bevölkerungsschichten. Grotheer: „Wir brauchen Initiativen, die ein vereintes Europa ‚von unten‘ begründen. Diesen Gedanken gilt es mit Leben zu füllen. So werden aus Staatsbürgern Partner und Nachbarn über die Grenzen hinweg, so wachsen Freundschaften zwischen den Menschen – in Danzig und in Bremen, in Polen und in Deutschland!“

**>Antrag: Städtepartnerschaft zu Danzig ist Geschenk und Auftrag zugleich**  
<http://bit.ly/bremen-danzig>

## ANTRAG **VERBANDSKLAGERECHT** IM TIERSCHUTZ NACHSCHÄRFEN!



**Bereits seit dem Jahr 2007 existiert in Bremen das Verbandsklagerecht im Tierschutz. Hinter diesem Begriff verbirgt sich ein simples Prinzip: Da Tiere nicht selbst klagen und sich für ihre Rechte einsetzen können, dürfen anerkannte Tierschutzverbände im Namen der Tiere Klage einreichen und Tiere auch gerichtlich vertreten. In der heutigen Landtagssitzung wurde dieses Recht durch einen Antrag der rot-grün-roten Koalition noch einmal nachgeschärft.**

„Wir stehen an der Seite der Tiere. Wir wollen sie schützen!“, betonte die tierschutzpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Janina Brünjes, in ihrer Rede vor der Bürgerschaft.



Janina Brünjes

Neu an dem Verbandsklagerecht sei nicht

unbedingt die Art der Rechtshilfe, sondern der Zeitpunkt. „Den Tierschutzvereinen wird es ermöglicht, frühzeitig und vor Erledigung des Verwaltungsaktes Einwendungen kundzutun“, so die Sozialdemokratin. Bislang sei dies nur nach dem Genehmigungsverfahren möglich gewesen – oftmals viel zu spät.

„Bisher bestand für anerkannte Tierschutzvereine lediglich die Möglichkeit, im Nachgang feststellen zu lassen, dass Verwaltungsakte rechtswidrig waren“,

fuhr Brünjes fort. Dies könne nun schon geschehen, bevor ein entsprechender Entscheid vorliege.

„Ein gutes Paket“, resümierte die Bremerhavenerin den heutigen Beschluss, „um Tieren eine Stimme zu geben und um für ihre Rechte wirksame Möglichkeiten zur Umsetzung zu eröffnen.“

**>Antrag: Verbandsklagerecht im Tierschutz erweitern!**  
[http://bit.ly/tierschutz\\_verbandsklagerecht](http://bit.ly/tierschutz_verbandsklagerecht)